

NIKOLAI BADENHOOP

Das Individualschutzziel
im europäischen
Bankaufsichtsrecht und
seine privatrechtliche
Durchsetzung

*Schriften zum
Unternehmens- und Kapitalmarktrecht*

Mohr Siebeck

Schriften zum Unternehmens- und Kapitalmarktrecht

Herausgegeben von

Jörn Axel Kämmerer, Karsten Schmidt und Rüdiger Veil

81



Nikolai Badenhoop

Europäische Bankenregulierung und private Haftung

Die Durchsetzung von System- und Individualschutz
mit Mitteln des Privatrechts

Mohr Siebeck

Nikolai Badenhoop, geboren 1990; Studium der Rechtswissenschaften in Berlin, Rom und London (Humboldt European Law School); 2015 Erste Juristische Prüfung; Laurea Magistrale in Giurisprudenza an der Universität La Sapienza, Rom; LL.M. am King's College London; 2019 Promotion an der Humboldt-Universität zu Berlin; seit 2019 Referendar am Kammergericht Berlin.
orcid.org/0000-0003-1677-6586

ISBN 978-3-16-159205-8 / eISBN 978-3-16-159206-5
DOI 10.1628/978-3-16-159206-5

ISSN 2193-7273 / eISSN 2569-4480 (Schriften zum Unternehmens- und Kapitalmarktrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2020 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von epline in Böblingen aus der Times gesetzt und von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Printed in Germany.

Meiner Familie

Vorwort

Diese Arbeit ist eine überarbeitete Fassung meiner Promotionsschrift, die im Sommersemester 2019 von der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin als Dissertation angenommen wurde. Sie berücksichtigt gesetzgeberische Änderungen, Rechtsprechung und Literatur bis Januar 2020. Zu diesem Zeitpunkt wurden auch die zitierten Internetseiten zuletzt aufgerufen.

Meinem Doktorvater Stefan Grundmann bin ich zutiefst dankbar für seine jahrelange engagierte Förderung während des Studiums in der European Law School und bei der Betreuung dieser Arbeit. Meiner Zweitgutachterin Christine Windbichler danke ich für die schnelle und hilfreiche Begutachtung. Die Arbeit entstand im Rahmen des Promotionskollegs „Einheit und Differenz im europäischen Rechtsraum“, dessen Teilnehmern und Organisatoren ich dankbar bin.

Finanziell ermöglicht wurde diese Arbeit durch ein Promotionsstipendium des Evangelischen Studienwerks Villigst e. V. mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Dank gilt auch der Studienstiftung des deutschen Volkes für die Förderung von Studium, Laurea Magistrale und LL.M. Für großzügige Druckkostenzuschüsse zur Finanzierung von Drucklegung und Open Access danke ich der Stiftung Geld und Währung, der Stiftung Kapitalmarktforschung für den Finanzstandort Deutschland und der Konrad-Redeker-Stiftung.

Für hilfreiche Impulse und Kritik danke ich Henning Berger, Jan Dalhuisen, Martin Eifert, Lúcio Feteira, Klaus Hopt, Lars Klöhn, Niamh Moloney, Katharina Pistor, Moritz Renner, Michael Schillig, René Smits, Takis Tridimas, Karl-Philipp Wojcik und Peer Zumbansen. Für die Lektüre einzelner Teilkapitel danke ich Sebastian Dennis und Felix Rhein. Zu besonderem persönlichen Dank bin ich meinem Jugendfreund Christoph Koller verpflichtet, der die gesamte Arbeit lektorierte und wertvolle stilistische wie inhaltliche Anregungen gab.

Der größte Dank gilt meiner Familie, ohne deren Unterstützung diese Arbeit nicht entstanden wäre und der sie darum gewidmet ist. Meine Eltern förderten mich großartig und gaben mir Orientierung, Inspiration und Freiheit. Meinen Schwestern danke ich für ihre Nähe und ihren Rat in schwierigen und freudvollen Momenten. Den größten Anteil an dieser Arbeit hatte meine Freundin Franziska, die weite Teile der Arbeit las, mich vielfältig und bedingungslos unterstützte und der ich in Liebe verbunden bin.

Berlin, Januar 2020

Nikolai Badenhoop

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XIX
<i>Einleitung</i>	1
A. Erkenntnisinteresse	3
B. Untersuchungsgegenstand	4
C. Methode	8
D. Gang der Untersuchung	9
1. Teil: EU-Regulierung zwischen System- und Individualschutz sowie Modelle privatrechtlicher Durchsetzung	11
<i>1. Kapitel: Individualschutz im Bankaufsichtsrecht als Produkt des Unionsrechts</i>	13
A. Verhältnis zwischen Bankaufsichts- und Bankprivatrecht	13
B. Ziele der Bankaufsicht nach deutschem Recht	30
C. Entwicklung der Ziele und Inhalte des deutschen und europäischen Bankaufsichtsrechts	37
<i>2. Kapitel: Modelle der privatrechtlichen Durchsetzung von EU-Wirtschaftsregulierung</i>	78
A. Wettbewerbsrecht	79
B. Kapitalmarktregulierung	99
2. Teil: Privatrechtliche Durchsetzung der europäischen Bankenregulierung	141
<i>3. Kapitel: Bankaufsichtsrechtlicher Systemschutz durch die Pflicht zum Risikomanagement und dessen privatrechtliche Durchsetzung</i>	143
A. Aufsichtsrechtliche Pflicht zum Risikomanagement nach § 25a KWG	144
B. Privatrechtliche Sanktionen von Verstößen gegen § 25a KWG	163
C. Exkurs: Ausstrahlungswirkung des Bankaufsichtsrechts auf das allgemeine Aktienrecht jenseits des Bankensektors	183

<i>4. Kapitel: Bankaufsichtsrechtlicher Individualschutz im deutschen Recht unter unionsrechtlichem Einfluss</i>	186
A. Schutz der Einleger durch Einlagensicherung und (früher) Amtshaftungsansprüche	186
B. Schutz der Verbraucherdarlehensnehmer durch die Kreditwürdigkeitsprüfung	203
C. Schutz der Bankkunden durch die privatrechtliche Durchsetzung einzelner Normen des Bankaufsichtsrechts	226
<i>5. Kapitel: Weitergehende privatrechtliche Durchsetzung des Individualschutzziels durch unionsrechtskonforme Auslegung des Vertrags- und Deliktsrechts</i>	243
A. Vorfragen der privatrechtlichen Durchsetzung	244
B. Reichweite des Individualschutzziels im europäischen Bankaufsichtsrecht	255
C. Zivilrechtliche Transformation des aufsichtsrechtlichen Individualschutzziels	272
<i>Wesentliche Ergebnisse der Untersuchung</i>	283
A. Individualschutz im Bankaufsichtsrecht als Produkt des Unionsrechts	283
B. Modelle privatrechtlicher Durchsetzung von EU-Wirtschaftsregulierung	284
C. Bankaufsichtsrechtlicher Systemschutz durch die Pflicht zum Risikomanagement und dessen privatrechtliche Durchsetzung	288
D. Bankaufsichtsrechtlicher Individualschutz im deutschen Recht unter unionsrechtlichem Einfluss	290
E. Weitergehende privatrechtliche Durchsetzung des Individualschutzziels durch unionsrechtskonforme Auslegung des Vertrags- und Deliktsrechts	292
Literaturverzeichnis	297
Sachverzeichnis	327

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIX
<i>Einleitung</i>	1
A. Erkenntnisinteresse	3
B. Untersuchungsgegenstand	4
C. Methode	8
D. Gang der Untersuchung	9
1. Teil: EU-Regulierung zwischen System- und Individualschutz sowie Modelle privatrechtlicher Durchsetzung	11
<i>1. Kapitel: Individualschutz im Bankaufsichtsrecht als Produkt des Unionsrechts</i>	13
A. Verhältnis zwischen Bankaufsichts- und Bankprivatrecht	13
I. Rechtstheoretischer Blick	13
1. Financial Regulation Theory	14
2. Rechtsökonomik	15
3. Legal Theory of Finance	16
4. Finanzkrise und Privatrecht	17
5. Contract Governance	19
6. Regulierung und Privatrecht	21
7. Bankenunion und Privatrecht	23
II. Rechtsdogmatischer Blick	25
1. Grundsatz: Trennung von Bankaufsichts- und Bankprivatrecht	25
2. Teilausnahmen: WpHG-Wohlverhaltenspflichten, KWG-Bankerlaubnis und Kreditwürdigkeitsprüfung	27
III. Stellungnahme: Individualschützendes europäisches Bankaufsichtsrecht als Brücke zum Privatrecht	29
B. Ziele der Bankaufsicht nach deutschem Recht	30
I. Markt-, System- bzw. Funktionsschutz	30
II. Kein Individualschutz	32
III. Kollektiver Verbraucherschutz	33
IV. Schutz der Steuerzahler vor bail-out	35

C. Entwicklung der Ziele und Inhalte des deutschen und europäischen Bankaufsichtsrechts	37
I. „Bankfreiheit“ von 1869	37
II. Reichskreditwesengesetz von 1934 und allgemeine Bankaufsicht	39
1. Erlaubnispflicht für Kreditinstitute und Geschäftsleiteranforderungen	40
2. Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen	41
3. Aufsicht über die Kreditvergabe und Einbehaltung von Boni	42
4. Institutionelle Änderungen durch das RKWG von 1939	42
5. Schutzziele im Reichskreditwesengesetz	43
a) Markt-, Funktions- bzw. Systemschutz	43
b) Individualschutz nur für Inhaber von Spareinlagen	44
III. Kreditwesengesetz von 1961	45
1. Materielles Aufsichtsrecht	45
2. Aufsichtsziele	46
IV. Europäisierung des Bankaufsichtsrechts	48
1. Grundfreiheiten und Parodi-Urteil des EuGH	48
a) Parodi	49
b) Individualschutz in Parodi	51
c) Parodi zum Verhältnis zwischen Bankaufsichts- und Bankprivatrecht	52
2. Sekundärrechtliche Harmonisierung	52
a) Erste Bankrechtskoordinierungsrichtlinie und EuGH-Urteil Romanelli	52
b) Zweite Bankrechtskoordinierungsrichtlinie	54
c) Basel I und Harmonisierung der Eigenkapitalanforderungen	55
d) Basel II und CRD I	57
e) Basel III und CRD IV/CRR	59
f) CRD V und CRR II	60
3. Institutionalisierung der europäischen Bankaufsicht	63
a) Koordinierung nationaler Aufsichtsbehörden	64
b) Comitology	65
c) Agencification und Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA)	66
aa) Aufgaben und Befugnisse der EBA	67
bb) Ziele der EBA	69
d) Europäische Bankenunion und Single Supervisory Mechanism (SSM)	70
aa) Aufgaben und Befugnisse der EZB im SSM	71
bb) Ziele der EZB im SSM	73
V. Individualisierung von Schutzgruppen in verschiedenen Sprachfassungen	74

<i>2. Kapitel: Modelle der privatrechtlichen Durchsetzung von EU-Wirtschaftsregulierung</i>	78
A. Wettbewerbsrecht	79
I. Entwicklung der privatrechtlichen Durchsetzung im deutschen und europäischen Wettbewerbsrecht	80
1. Deutsches Wettbewerbsrecht	80
a) GWB-Normen als Verbotsgesetze i. S. d. § 134 BGB	80
b) Schadensersatzansprüche	82
2. Europäisches Wettbewerbsrecht	83
a) Zivilrechtliche Nichtigkeit	84
b) Europäischer Kartellschadensersatzanspruch aufgrund von EuGH-Rechtsprechung	86
II. Privatrechtliche Durchsetzung des Wettbewerbsrechts nach aktuellem Stand	88
1. Kartellschadensersatzrichtlinie 2014/104/EU	89
2. Umfassender Schadensersatzanspruch nach §§ 33a–33h GWB	91
III. Regelungszweck der privatrechtlichen Durchsetzung des Wettbewerbsrechts	93
IV. Zusammenspiel öffentlicher und privater Durchsetzung im Kartellrecht	96
V. Vergleichbarkeit von Wettbewerbs- und Bankaufsichtsrecht	97
B. Kapitalmarktregulierung	99
I. Anlegerschutz als altes Leitmotiv der Kapitalmarktrechtswissenschaft	100
II. Bereiche der normierten privatrechtlichen Durchsetzung	103
1. Prospekthaftung	103
a) Regelungsgeschichte und Normzweck	104
b) Unionsrechtliches Gebot der privaten Haftung und Streit über Reichweite	106
c) Rechtsnatur der Prospekthaftung	107
d) Haftungsvoraussetzungen nach §§ 21–25 WpPG	108
2. Ad-hoc-Publizitätspflicht bei Insiderinformationen	110
a) Regelungsgeschichte und Normzweck	110
b) Streit über unionsrechtliches Gebot der privaten Haftung	111
c) Rechtsnatur der Haftung	113
d) Haftungsvoraussetzungen nach §§ 97, 98 WpHG	114
e) Art. 17 MAR als Schutzgesetz i. S. d. § 823 Abs. 2 BGB	116
III. Streitfall der privatrechtlichen Durchsetzung: Wohlverhaltenspflichten bei der Anlageberatung	118
1. Hintergrund	119
a) Entstehungsgeschichte der aufsichtsrechtlichen Wohlverhaltenspflichten	119
b) Regelungsinhalt der §§ 63, 64 WpHG	120
c) Doppelter Regelungszweck: öffentlicher Marktschutz und individueller Anlegerschutz	122
2. Rechtsprechung des EuGH und des BGH	124

a) EuGH-Urteil Bankinter	124
b) Reaktion des deutschen Schrifttums und des BGH auf Bankinter	125
c) Kick-back-Urteil des BGH von 2014	126
d) Reaktion des Schrifttums auf das Kick-back-Urteil	127
3. Streitfragen der zivilrechtlichen Wirkung	128
a) Rechtsnatur der Wohlverhaltenspflichten	129
b) Vertragsrechtliche Berücksichtigung der aufsichtsrechtlichen Wohlverhaltenspflichten durch Ausstrahlungswirkung	131
c) Deliktsrechtliche Berücksichtigung der §§ 63 ff. WpHG n. F. als Schutzgesetze i. S. d. § 823 Abs. 2 BGB	133
IV. Vergleichbarkeit von Kapitalmarkt- und Bankaufsichtsrecht	136
2. Teil: Privatrechtliche Durchsetzung der europäischen Bankenregulierung	141
3. Kapitel: Bankaufsichtsrechtlicher Systemschutz durch die Pflicht zum Risikomanagement und dessen privatrechtliche Durchsetzung	143
A. Aufsichtsrechtliche Pflicht zum Risikomanagement nach § 25a KWG	144
I. Entstehungsgeschichte des § 25a KWG	146
II. Unbestimmtheit der Norm als Ausdruck der qualitativen und prinzipiengeleiteten Aufsicht	147
III. MaRisk (BA) von 2017	148
1. Inhalt	149
2. Bindungswirkung der MaRisk	153
a) Norminterpretierende vs. normkonkretisierende Verwaltungsvorschriften	153
b) Überwiegende Einstufung der MaRisk als norminterpretierend	154
c) Argumente für die Normkonkretisierung	155
d) Argumente gegen die Normkonkretisierung	156
e) Entscheidung durch den Gesetzgeber: Verordnungsermächtigung nach § 25a Abs. 4 KWG	157
IV. EBA-Leitlinien zur internen Governance	158
1. Inhalt	158
2. Bindungswirkungen der EBA-Leitlinien	160
a) Differenzierter comply or explain-Mechanismus	160
b) Keine Rechtsverbindlichkeit, aber faktische Bindungswirkung	161
c) Optimierungsgebot und sicherer Hafen der Regelkonformität	162
B. Privatrechtliche Sanktionen von Verstößen gegen § 25a KWG	163
I. Gesellschaftsrechtliche Innenhaftung der Bankgeschäftsleiter nach § 93 Abs. 2 AktG	163
1. § 25a KWG als Legalitätspflicht	164
2. Gesellschafts- vs. aufsichtsrechtlicher Maßstab	165
3. Pflicht zur Rechtsermittlung	166

a) Vertretbarkeitstheorie	166
b) Stufentheorie und Optimierungstheorie	168
4. Konkretisierung der Legalitätspflicht durch die MaRisk und EBA-Leitlinien	169
a) MaRisk und Legalitätspflicht	170
aa) MaRisk-Verstoß als Verstoß gegen die Legalitätspflicht? . . .	170
bb) Einhaltung der MaRisk als sicherer Hafen der Rechtmäßigkeit auch für die zivilrechtliche Sorgfaltspflicht? .	171
cc) Stellungnahme für starke Indizwirkung und Exkulpationsmaßstab	172
b) EBA-Leitlinien und Legalitätspflicht	173
II. Gesellschaftsrechtliche Außenhaftung der Geschäftsleiter gegenüber Gläubigern nach § 93 Abs. 5 AktG	174
III. Deliktsrechtliche Haftung der Geschäftsleiter bei Verstößen gegen § 25a KWG	175
1. Innenhaftung nach § 823 Abs. 2 BGB i. V. m. § 266 StGB, § 25a KWG	176
2. Außenhaftung nach § 823 Abs. 2 BGB i. V. m. § 266 StGB, § 25a KWG	177
3. Innen- und Außenhaftung nach § 826 BGB	178
4. Außenhaftung nach § 823 Abs. 1 BGB in Lesart des Baustoff-Urteils des BGH	178
5. Außenhaftung nach § 823 Abs. 2 BGB i. V. m. § 25a KWG	179
IV. Sondertatbestand § 17 KWG: Organhaftung für pflichtwidrig vergebene Organkredite	181
1. Innenhaftung nach § 17 Abs. 1 KWG	181
2. Außenhaftung nach § 17 Abs. 2 KWG	182
C. Exkurs: Ausstrahlungswirkung des Bankaufsichtsrechts auf das allgemeine Aktienrecht jenseits des Bankensektors	183
<i>4. Kapitel: Bankaufsichtsrechtlicher Individualschutz im deutschen Recht unter unionsrechtlichem Einfluss</i>	<i>186</i>
A. Schutz der Einleger durch Einlagensicherung und (früher) Amtshaftungsansprüche	186
I. Einlagensicherung	186
1. Gesetzliche Einlagensicherung	187
2. Freiwillige Einlagensicherung	189
3. EDIS-Vorschlag der EU-Kommission	191
II. Amtshaftung gegenüber Einlegern für Bankaufsichtsfehler nach § 839 BGB i. V. m. Art. 34 GG	192
1. Ursprüngliche Einigkeit über fehlenden Drittschutz der Bankaufsicht	193
2. Bejahung der Amtshaftung gegenüber Einlegern in den BGH-Urteilen Herstatt und Wetterstein	194

3. Kritik und Kurskorrektur des BGH	195
4. Gesetzgeberischer Ausschluss der Amtshaftung gegenüber Dritten durch § 6 Abs. 3 KWG a. F. (jetzt § 4 Abs. 4 FinDAG)	197
5. Verfassungskonformität des Amtshaftungsausschlusses	198
6. Unionsrechtskonformität des Amtshaftungsausschlusses: BGH-Urteil BVH und EuGH-Urteile Peter Paul und Kantarev	199
7. Bestimmende Rolle des § 4 Abs. 4 FinDAG in der Diskussion über das Verhältnis des KWG zum Zivilrecht	202
B. Schutz der Verbraucherdarlehensnehmer durch die Kreditwürdigkeitsprüfung	203
I. Entwicklung der Pflicht zur Verbrauchercreditwürdigkeitsprüfung	204
1. Ausgangspunkt: Selbstverantwortung des Darlehensnehmers	205
2. Kommissionsvorschlag von 2002 für eine Verbrauchercreditrichtlinie mit der Pflicht zur verantwortungsvollen Kreditvergabe	206
3. Kritische Reaktion des Schrifttums	207
4. Verbrauchercreditrichtlinie 2008/48/EG mit der Pflicht zur Kreditwürdigkeitsprüfung	208
5. Deutsche Umsetzung in § 509 BGB a. F. und § 18 Abs. 2 KWG a. F.	209
6. Diskussion über den zivilrechtlichen Individualschutz	210
7. EuGH-Urteile Le Crédit Lyonnais und CA Consumer Finance	212
8. Wohnimmobilienkreditrichtlinie 2014/17/EU	214
II. Ausgestaltung der Pflicht zur Verbrauchercreditwürdigkeitsprüfung im deutschen Recht	215
1. Gesetzgeberischer Paradigmenwechsel hin zum aufsichts- und zivilrechtlichen Gleichlauf	216
2. Paralleler Pflichtenmaßstab im Aufsichts- und Zivilrecht nach § 18a KWG, §§ 505a, 505b BGB, ImmoKWPLV	217
a) Allgemein-Verbraucherdarlehensvertrag	218
b) Immobilaren-Verbraucherdarlehensvertrag	218
3. Aufsichtsrechtliches Sanktionsregime	220
4. Zivilrechtliches Sanktionsregime nach § 505d BGB	221
a) Keine Nichtigkeit nach § 134 BGB	221
b) Schadensersatz nach § 505d BGB	221
aa) Zinsermäßigung	222
bb) Außerordentliches Kündigungsrecht	222
cc) Ausschluss von Ansprüchen des Darlehensgebers	223
dd) Sanktionsausschluss bei Verschulden des Darlehensnehmers	224
c) Keine weitergehenden Schadensersatzansprüche nach § 280 Abs. 1 BGB	224
III. Parallelen zwischen der Verbrauchercreditwürdigkeitsprüfung und anderen Bereichen des Bankaufsichtsrechts	225
C. Schutz der Bankkunden durch die privatrechtliche Durchsetzung vereinzelter Normen des Bankaufsichtsrechts	226

I.	KWG-Normen als individualschützende Gesetze i. S. d.	
	§ 823 Abs. 2 BGB	226
	1. Erlaubnispflicht nach § 32 Abs. 1 Satz 1 KWG	227
	a) Schutzgesetz zugunsten der Bankkunden	227
	b) Schutzgesetz trotz § 4 Abs. 4 FinDAG	229
	c) Konsultation der Aufsichtsbehörde als subjektiver Haftungsausschlussgrund	230
	2. Verbot der Offenbarung und Verwertung von Informationen über Millionenkredite nach §§ 14, 55a, 55b KWG	230
	3. Kreditwürdigkeitsprüfung bei Großkrediten nach § 18 KWG	231
	a) Individualschutzbejahende BGH-Urteile	231
	b) Rechtsprechungsänderung und individualschutzverneinende Folgeurteile	232
	c) Geteilte Literatur	233
	4. Anzeigepflicht von Großkrediten nach § 13 KWG	234
	5. Verbotene Bankgeschäfte nach § 3 KWG	235
	6. Kreditwürdigkeitsprüfung bei Verbrauchern nach § 18a KWG	236
	7. Kriterien für Schutzgesetze im KWG	238
II.	KWG-Normen als Verbotsgesetze i. S. d. § 134 BGB	238
	1. Grundsätzliche Ablehnung	239
	2. Ausnahme: § 3 Abs. 1 Nr. 3 KWG	242
<i>5. Kapitel: Weitergehende privatrechtliche Durchsetzung des Individualschutzziels durch unionsrechtskonforme Auslegung des Vertrags- und Deliktsrechts</i>		
		243
A.	Vorfragen der privatrechtlichen Durchsetzung	244
	I. Keine entgegenstehenden einschlägigen EuGH-Urteile	244
	1. Peter Paul	244
	2. Bankinter	245
	II. Bestimmung individualschützender Normen im Unionsrecht	247
	1. Ausdrücklicher Individualschutz	248
	2. Konkludenter Individualschutz	248
	3. Individuelle Rechte nach der EuGH-Rechtsprechung	249
III.	Unionsrechtliches Gebot der privatrechtlichen Durchsetzung von Individualschutz	251
	1. Direkter Schluss von Individualschutz auf privatrechtliche Durchsetzung	251
	2. Weitere Voraussetzungen bei individuellen Rechten	252
	3. Privatrechtliche Durchsetzung jenseits des Individualschutzziels	253
IV.	Zwischenergebnis	254
B.	Reichweite des Individualschutzziels im europäischen Bankaufsichtsrecht	255
	I. Ausdrücklicher Individualschutz im europäischen Bankaufsichtsrecht	255
	1. Individualschutz im materiellen Bankaufsichtsrecht	256
	a) Einleger- und Anlegerschutz	256

b) Sparerschutz	259
c) Individueller Verbraucherschutz	260
d) Darlehensnehmerschutz als besonderer Verbraucherschutz-Fall	261
2. Individualschutz im institutionellen Bankaufsichtsrecht	262
a) EBA	262
aa) Individueller Verbraucherschutz	263
bb) Einleger- und Anlegerschutz	264
b) EZB im SSM	264
aa) Kein Verbraucherschutz	265
bb) Einlegerschutz	265
II. Bestimmung des Schutzbereichs nach den Theorien zum Individualschutz	266
1. Theorie des ausdrücklichen Individualschutzes	266
2. Theorie des konkludenten Individualschutzes	268
3. Theorie der individuellen Rechte	269
III. Stellungnahme für kombinierte Individualschutztheorie	270
C. Zivilrechtliche Transformation des aufsichtsrechtlichen Individualschutzziels	272
I. Vertragsauslegung nach §§ 133, 157 BGB	272
II. Vertragsnichtigkeit nach § 134 BGB	273
III. Schadensersatz nach § 823 Abs. 2 BGB	276
1. Bestimmung von bankaufsichtsrechtlichen Schutzgesetzen	277
2. Effektive Durchsetzung im Prozess	279
a) Beweislastumkehr	279
b) Kausalitätsvermutung	280
<i>Wesentliche Ergebnisse der Untersuchung</i>	283
A. Individualschutz im Bankaufsichtsrecht als Produkt des Unionsrechts	283
B. Modelle privatrechtlicher Durchsetzung von EU-Wirtschaftsregulierung	284
C. Bankaufsichtsrechtlicher Systemschutz durch die Pflicht zum Risikomanagement und dessen privatrechtliche Durchsetzung	288
D. Bankaufsichtsrechtlicher Individualschutz im deutschen Recht unter unionsrechtlichem Einfluss	290
E. Weitergehende privatrechtliche Durchsetzung des Individualschutzziels durch unionsrechtskonforme Auslegung des Vertrags- und Deliktsrechts	292
Literaturverzeichnis	297
Sachverzeichnis	327

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
ADEMU	A Dynamic Economic and Monetary Union
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Die Aktiengesellschaft
a. F.	alte Fassung
AktG	Aktiengesetz
Anh.	Anhang
AnSVG	Anlegerschutzverbesserungsgesetz
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
BA	Bankaufsicht
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BaKred	Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen
BB	Der Betriebs-Berater
BCCI	Bank of Credit and Commerce International
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
Begr.	Begründer
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BT	Besonderer Teil
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
CB	Compliance-Berater
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift
CEBS	Committee of European Banking Supervisors
CEPR	Centre for Economic Policy Research
CMLR	Common Market Law Review
CRD	Capital Requirements Directive
CRR	Capital Requirements Regulation
CYELS	Cambridge Yearbook of European Legal Studies
DB	Der Betrieb
DBW	Die Betriebswirtschaft

DDR	Deutsche Demokratische Republik
DStR	Deutsches Steuerrecht
EBA	European Banking Authority
EBLR	European Business Law Review
EBOR	European Business Organization Law Review
EC	European Communities
ECB	European Central Bank
ECEFIL	European Center of Economic and Financial Law
ECGI	European Corporate Governance Institute
EG	Europäische Gemeinschaft
EIOPA	European Insurance and Occupational Pensions Authority
ELR	European Law Review
EnzEuR	Enzyklopädie Europarecht
ERCL	European Review of Contract Law
ESA	European Supervisory Authority
ESFS	European System of Financial Supervision
ESMA	European Securities and Markets Authority
EU	Europäische Union
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuGRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
EUI	European University Institute
EuR	Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
EZB	Europäische Zentralbank
FinDAG	Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz
FS	Festschrift
FSA	Financial Supervisory Authority
FSB	Financial Stability Board
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GRUR Int	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht International
GS	Gedächtnisschrift
G-SRI	global systemrelevante Institute
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
Hdb	Handbuch
Hdb EuR	Handbuch Europarecht
HGB	Handelsgesetzbuch
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
ImmoKWPLV	Immobilien-Kreditwürdigkeitsprüfungsleitlinien-Verordnung
i. S. d.	im Sinne des
i. V. m.	in Verbindung mit
jurisPR-BK	juris PraxisReport Bankrecht
JuS	Juristische Schulung

JZ	Juristenzeitung
KWG	Kreditwesengesetz
LMK	Kommentierte BGH-Rechtsprechung
MaK	Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft der Kreditinstitute
MAR	Market Abuse Regulation
MaRisk	Mindestanforderungen an das Risikomanagement
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MiFID	Markets in Financial Instruments Directive
MiFIR	Markets in Financial Instruments Regulation
MPIfG	Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
MüKo	Münchener Kommentar
NCA	National Competent Authority
n. F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
No.	Number
Nr.	Nummer
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
Op. J. Comp.	Opinio Juris in Comparatione
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RKWG	Reichskreditwesengesetz
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
s.	siehe
S.	Seite
SAFE	Sustainable Architecture for Finance in Europe
SRF	Single Resolution Fund
SRM	Single Resolution Mechanism
SSM	Single Supervisory Mechanism
StGB	Strafgesetzbuch
Suppl.	Supplement
Tz.	Teilziffer
UAbs.	Unterabsatz
UK	United Kingdom
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VersR	Versicherungsrecht – Zeitschrift für Versicherungsrecht, Haftungs- und Schadensrecht
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
VuR	Verbraucher und Recht
VVG	Versicherungsvertragsgesetz
VW	Versicherungswirtschaft
wiss. Red.	wissenschaftlicher Redakteur
wisu	Das Wirtschaftsstudium – Zeitschrift für Ausbildung, Examen und Weiterbildung
WM	Wertpapiermitteilungen – Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
WP	Working Paper

WpDU	Wertpapierdienstleistungsunternehmen
WPg	Die Wirtschaftsprüfung
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WpPG	Wertpapierprospektgesetz
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WuB	Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfgK	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZVersWiss	Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft

Alle weiteren Abkürzungen richten sich nach *Kirchner, Hildebert (Begr.)/Böttcher, Eike* (Bearb.), *Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache*, 9. Aufl., Berlin/Boston 2018.

Einleitung

„Das von der Gesetzgebung der Mitgliedstaaten unabhängige Gemeinschaftsrecht soll [...] den Einzelnen, ebenso wie es ihnen Pflichten auferlegt, auch Rechte verleihen. Solche Rechte entstehen nicht nur, wenn der Vertrag dies ausdrücklich bestimmt, sondern auch auf Grund von eindeutigen Verpflichtungen, die der Vertrag den Einzelnen wie auch den Mitgliedstaaten und den Organen der Gemeinschaft auferlegt.“¹

Dieses Zitat des EuGH-Urteils *van Gend & Loos* verdeutlicht, dass das Unionsrecht als Rechtsordnung von Beginn an dem einzelnen Bürger und der einzelnen Bürgerin² Rechte verlieh und sich seither zu seiner Durchsetzung auf die Geltendmachung durch Private stützt.³ Während das Urteil *van Gend & Loos* die unmittelbare Wirkung primärrechtlicher Zollbestimmungen statuierte, dehnte der EuGH den Schutz individueller Rechte im Unionsrecht immer weiter aus. Im Wettbewerbsrecht gestand er im Urteil *Courage und Crehan* „jedermann“, der durch ein Kartell geschädigt ist, einen Schadensersatzanspruch gegen die Kartellanten zu.⁴ Im Urteil *Muñoz* erklärte der EuGH lauterkeitsrechtliche Qualitätsbestimmungen über Obst und Gemüse aus europäischen Verordnungen für zivilrechtlich durchsetzbar. Den individuellen Anspruch auf deren Durchsetzung begründete er mit dem Binnenmarkt- und Verbraucherschutz als Ziel der Verordnungen sowie mit dem Grundsatz der praktischen Wirksamkeit (*effet utile*).⁵ Der Individualschutz und seine effektive Durchsetzung sind mithin Leitmotive des Unionsrechts.

Diese Leitmotive betreffen auch den Bereich der europäischen Bankenregulierung. Insbesondere im Nachgang der globalen Finanzkrise von 2007/2008 hat der EU-Gesetzgeber die Aufsichtsregeln stark ausgeweitet und hierbei dem Individualschutz eine besondere Bedeutung verliehen. Zum einen dient die

¹ EuGH, Urteil vom 05.02.1963, C-26/62, Rs. *van Gend & Loos*, Celex-Nr. 61962CJ0026 (Slg. 1963, 7, 25).

² Überall, wo diese Arbeit im Folgenden allein die männliche Sprachform verwendet, ist stets die weibliche Form mitzudenken. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird auf eine explizite Doppelnennung verzichtet.

³ Vgl. aus dem Lehrbuch des den Fall *van Gend & Loos* mitentscheidenden italienischen EuGH-Richters *Trabucchi*, *Istituzioni di diritto civile*, 36. Aufl. 1995, S. 3–5 (Fußnotentext).

⁴ EuGH, Urteil vom 20.09.2001, C-453/99, Rs. *Courage und Crehan*, Celex-Nr. 61999CJ0453, Rn. 26; ausführlich s. unten S. 86 ff.

⁵ EuGH, Urteil vom 17.09.2002, C-253/00, Rs. *Muñoz*, Celex-Nr. 62000CJ0253, Rn. 29 ff.; ausführlich s. unten S. 78 f.

europäische Finanzarchitektur dem Schutz der Steuerzahler, da sie staatliche Bankenrettungen verhindern soll. Dies schlägt sich in einer Verschärfung des Beihilfenrechts nieder.⁶ In gleicher Stoßrichtung führte die EU im materiellen Sanierungs- und Abwicklungsrecht das Prinzip der Gläubigerbeteiligung (*bail-in*)⁷ und institutionell den einheitlichen Abwicklungsmechanismus⁸ der Europäischen Bankenunion⁹ ein. Zum anderen benennt das europäische Recht der laufenden Bankaufsicht zunehmend den Schutz individualisierbarer Kundengruppen als Ziel der Bankaufsicht.¹⁰ Diese Arbeit konzentriert sich auf den Aspekt des Kundenschutzes. Die materiellen und institutionellen Regelwerke weisen vielfach auf die Zwecke des Einleger- und Anlegerschutzes hin. Daneben spielen auch der Sparer-, Verbraucher- und Verbraucherdarlehensnehmerschutz eine Rolle.¹¹ In Anlehnung an die Diskussionen zum europäischen Vertrags- und Gesellschaftsrecht¹² verhält es sich mit dem bankaufsichtsrechtlichen Individualschutzziel wie mit einem pointillistischen Gemälde, dessen Bedeutung erst beim Zurücktreten Sinn ergibt. Aus der Nähe betrachtet sieht man nur einzelne Hinweise auf und Instrumente für den Schutz von Einlegern, Anlegern, Sparern, Verbrauchern und Verbraucherdarlehensnehmern. Mit etwas Abstand und Blick auf das Ganze fügen sich diese Einzelpunkte jedoch zu einem stimmigen Gesamtbild zusammen, das den Systemgedanken des Individualschutzziels erkennen lässt.

Diese Arbeit formuliert die These, dass das europäische Bankaufsichtsrecht neben dem Schutz der Finanzmarktstabilität auch den Individualschutz der Bankkunden als eigenständiges Ziel verfolgt.¹³ Systematisch fügt sich dies in den allgemeinen unionsrechtlichen Kontext ein, da der Anlegerschutz bereits im Wertpapierrecht auch als Individualschutz verstanden wird.¹⁴ Jedoch entfaltet das bankaufsichtsrechtliche Individualschutzziel als reine Zielbestimmung noch keine Wirkung. Daher ist seine Durchsetzung zu klären. In Anlehnung an die unionsrechtlichen Vorbilder des Wettbewerbsrechts und der Kapitalmarktregulierung analysiert die vorliegende Untersuchung die privatrechtliche Durchsetzung des Bankaufsichtsrechts als Mittel zur Gewährleistung seiner Ziele: Systemschutz im Interesse der Allgemeinheit und Individualschutz im

⁶ Zur Bankenmitteilung der Kommission und ihrer Bestätigung des EuGH im Urteil *Kotnik* (EuGH, Urteil vom 19.07.2016, C-526/14, Rs. *Kotnik*, Celex-Nr. 62014CJ0526) *Badenhoop* ERCL 2017, 299.

⁷ Umfassend hierzu *Wojcik* CMLR 2016, 91.

⁸ S. unten S. 70 f.

⁹ S. unten S. 70 ff.

¹⁰ S. unten S. 48 ff.

¹¹ S. unten S. 255 ff.

¹² *Kötz* RabelsZ 1986, 1, 5; *Riesenhuber* ERCL 2005, 297, 298 ff.; *Grundmann*, Systemdenken und Systembildung, in: *Riesenhuber* (Hrsg.), *Europäische Methodenlehre*, 3. Aufl. 2015, S. 172, 173 ff.

¹³ S. unten S. 11 ff., 49 ff., 52 ff., 63 ff., 74 ff., 244 ff., 255 ff.

¹⁴ S. unten S. 99 ff.

Interesse der einzelnen Bankkunden. Das Systemschutzziel, auch Markt- oder Funktionenschutz genannt, überformt das Gesellschaftsrecht und die Innenhaftung von Bankvorständen.¹⁵ Im bürgerlichen Recht werden bankaufsichtsrechtliche Pflichten nach derzeit herrschendem Verständnis hingegen nur punktuell durchgesetzt.¹⁶ Angesichts des flächendeckenden Individualschutzziels plädiert diese Arbeit dafür, das europäische Bankaufsichtsrecht weitergehend im Wege der unionsrechtskonformen Auslegung des Vertrags- und Deliktrechts durchzusetzen.¹⁷

A. Erkenntnisinteresse

Der Individualschutz im europäischen Bankaufsichtsrecht und seine privatrechtliche Durchsetzung wurden bislang weder monographisch noch sonst umfassend untersucht.¹⁸ Bekannt ist die Durchsetzung regulatorischer Ziele mit privatrechtlichen Mitteln insbesondere in den unionsrechtlichen Gebieten des Kartellrechts und der Kapitalmarktregulierung. In den dortigen Diskussionen spielt der Individualschutz eine erhebliche Rolle für die Verwendung des Privatrechts zur Durchsetzung regulatorischer Vorgaben. Für das Kartellrecht schuf zunächst der EuGH in seinen Urteilen *Courage und Crehan* und *Manfredi* eine Schadensersatzpflicht der Kartellanten.¹⁹ Mittlerweile hat der europäische Gesetzgeber diese Schadensersatzpflicht ausführlich per Richtlinie normiert.²⁰ Das Kartellschadensersatzrecht dient neben dem Marktschutz auch dem individuellen Interesse der Kartellgeschädigten.²¹ Die Koexistenz von öffentlicher und privatrechtlicher Durchsetzung soll synergetisch wirken und nicht zum gegenseitigen Ausschluss führen.²² Auch in der europäischen Kapitalmarktregulierung ist eine zunehmende Tendenz der zivilrechtlichen Sanktionierung von Regulierungsverstößen festzustellen.²³ Diese Tendenz äußert sich sowohl in gesetzlichen Haftungsregeln als auch in Streitfällen zivilrechtlicher Haftung. Die Prospekthaftung und die Haftung für Ad-hoc-Publizitätsverstöße bieten Beispiele für unionsrechtlich überformte gesetzliche Haftungsregeln.²⁴ Die Wohlverhaltenspflichten des WpHG sind gesetzlich nicht mit zivilrechtlichen Sanktionen versehen, weshalb Streit über ihre privatrechtlichen Aus-

¹⁵ S. unten S. 143 ff.

¹⁶ S. unten S. 186 ff., insbesondere S. 203 ff. und S. 226 ff.

¹⁷ S. unten S. 243 ff.

¹⁸ Ausführlich zum Forschungsstand s. unten S. 13 ff.

¹⁹ S. unten S. 86 ff.

²⁰ S. unten S. 89 ff.

²¹ S. unten S. 93 ff.

²² S. unten S. 96 f.

²³ S. unten S. 99 ff.

²⁴ S. unten S. 103 ff.

wirkungen besteht.²⁵ Kernelement der Diskussionen rund um die gesetzlichen Haftungsregeln und den Streitfall der Wohlverhaltensregeln ist die Bedeutung des Anlegerschutzes als Individualschutz.²⁶ Die Regelungsgebiete des Wettbewerbs- und Kapitalmarktrechts zeigen, dass die privatrechtliche Durchsetzung von Regulierungsinhalten eine allgemeine Tendenz des Unionsrechts ist. Diese Tendenz reflektiert die rechtswissenschaftliche Diskussion zum Thema Regulierung und Privatrecht. Während die Diskussion sich überwiegend auf das Wettbewerbs- und Kapitalmarktrecht²⁷ und vereinzelt auf das Recht der Bankenunion²⁸ fokussiert, ergänzt die vorliegende Arbeit die Diskussion um das europäische Bankaufsichtsrecht.²⁹ Sie entwickelt den Individualschutz als eigenständiges Ziel der europäischen Bankenregulierung und untersucht die privatrechtliche Durchsetzung sowohl des Systemschutz- als auch des Individualschutzziels im deutschen Recht. Insbesondere das Kartellrecht zeigt, dass das Unionsrecht private Akteure und privatrechtliche Sanktionsmittel in Dienst nimmt, um seine Ziele effektiv durchzusetzen.³⁰ Diese Ziele müssen ursprünglich nicht individualschützend sein. Vielmehr genügt es, wenn die privaten Akteure die Durchsetzung des Marktschutzes fördern. Über diesen Umweg generiert das Unionsrecht jedoch letztlich individuelle Rechte und Ansprüche auf Schadensersatz, die ihrerseits individualschützende Wirkung haben.³¹ Insofern ist der Vergleich zum europäischen Wettbewerbs- und Kapitalmarktrecht auch für die derzeit herrschende Perspektive relevant, die dem Bankaufsichtsrecht nur system- bzw. marktschützende Funktion ohne Individualschutz zuspricht.

B. Untersuchungsgegenstand

Diese Arbeit untersucht das Verhältnis zwischen europäischer Bankenregulierung und privater Haftung, d. h. die Durchsetzung der bankaufsichtsrechtlichen Ziele des System- und Individualschutzes mit Mitteln des Privatrechts. Zu definieren sind also die Begriffe „europäische Bankenregulierung“ bzw. „europäisches Bankaufsichtsrecht“, „Systemschutz“, „Individualschutz“, „private Haftung“ und „privatrechtliche Durchsetzung“.

Die Begriffe „europäische Bankenregulierung“ und „europäisches Bankaufsichtsrecht“ sind synonym und umfassen sämtliche Normen des Rechts der Europäischen Union (im Folgenden Unionsrecht), die Banken bei ihrer

²⁵ S. unten S. 118 ff.

²⁶ S. unten S. 100 ff., 106 f., 111 ff., 116 ff., 122 ff.

²⁷ S. unten S. 21 ff.

²⁸ S. unten S. 23 ff.

²⁹ Zum Begriff s. unten S. 4 ff.

³⁰ S. unten S. 79 ff.

³¹ S. unten S. 93 ff.

Geschäftstätigkeit einhalten müssen und deren Befolgung staatliche Aufsichtsbehörden kontrollieren. In materieller Hinsicht zählen hierzu insbesondere die Capital Requirements Directive (CRD IV)³² und die Capital Requirements Regulation (CRR)³³ jeweils von 2013 sowie ihre Novellierungen von 2019 CRD V³⁴ und CRR II³⁵. Ebenfalls zur materiellen Bankenregulierung zählen die Verbraucherkreditrichtlinie³⁶ von 2008 und der Wohnimmobilienkreditrichtlinie³⁷ von 2014, soweit sie den Banken für das Verbraucherkreditgeschäft Vorgaben machen, die auch staatlicher Aufsicht unterliegen. Daneben treten die institutionellen Vorschriften der Verordnung über die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA-VO)³⁸ und die Verordnung über den einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM-VO)³⁹. Den Begriff der „Bank“ verwendet diese Arbeit beschränkt auf den Begriff des CRR-Kreditinstituts, der sowohl dem europäischen als auch dem deutschen Bankaufsichtsrecht zugrunde liegt.⁴⁰

³² Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG, ABl. Nr. L176 vom 27.6.2013, S. 38.

³³ Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 646/2012, ABl. Nr. L176 vom 27.6.2013, S. 1.

³⁴ Richtlinie (EU) 2019/878 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 zur Änderung der Richtlinie 2013/36/EU im Hinblick auf von der Anwendung ausgenommene Unternehmen, Finanzholdinggesellschaften, gemischte Finanzholdinggesellschaften, Vergütung, Aufsichtsmaßnahmen und -befugnisse und Kapitalerhaltungsmaßnahmen, ABl. Nr. L150 vom 7.6.2019, S. 253.

³⁵ Verordnung (EU) 2019/876 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 in Bezug auf die Verschuldungsquote, die strukturelle Liquiditätsquote, Anforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten, das Gegenparteiausfallrisiko, das Marktrisiko, Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien, Risikopositionen gegenüber Organismen für gemeinsame Anlagen, Großkredite, Melde- und Offenlegungspflichten und der Verordnung (EU) Nr. 648/2012, ABl. Nr. L150 vom 7.6.2019, S. 1.

³⁶ Richtlinie 2008/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 über Verbraucherkreditverträge und zur Aufhebung der Richtlinie 87/102/EWG des Rates (Verbraucherkreditrichtlinie 2008/48/EG), ABl. Nr. L133 vom 22.5.2008, S. 66.

³⁷ Richtlinie 2014/17/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Februar 2014 über Wohnimmobilienkreditverträge für Verbraucher und zur Änderung der Richtlinien 2008/48/EG und 2013/36/EU und der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010, ABl. L60 vom 28.2.2014, S. 34.

³⁸ Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Bankenaufsichtsbehörde), zur Änderung des Beschlusses Nr. 716/2009/EG und zur Aufhebung des Beschlusses 2009/78/EG der Kommission, ABl. Nr. L331 vom 15.12.2010, S. 12.

³⁹ Verordnung (EU) Nr. 1024/2013 des Rates vom 15. Oktober 2013 zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank, ABl. Nr. L287 vom 29.10.2013, S. 63.

⁴⁰ Dies entspricht dem Bezeichnungsschutz gemäß § 39 Abs. 1 KWG. Hiernach dürfen nur inländische Kreditinstitute, Zweigniederlassungen von ausländischen Kreditinstituten und von Bestandschutzregeln betroffene Unternehmen die Begriffe „Bank“ und „Bankier“ verwenden.

§ 1 Abs. 3d Satz 1 Kreditwesengesetz (KWG) verweist auf Art. 4 Abs. 1 Nr. 1 CRR, dem zufolge ein CRR-Kreditinstitut „ein Unternehmen [ist], dessen Tätigkeit darin besteht, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder des Publikums entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren“. Diese Arbeit beschränkt sich auf das aktive und passive Kreditgeschäft (auch Einlagen- und Kreditgeschäft) als erste Säule des klassischen Bankgeschäfts (*commercial banking*).⁴¹ Sie behandelt aber weder das Zahlungsgeschäft als dessen zweite Säule⁴² noch umfassend das Wertpapiergeschäft (*investment banking*)⁴³ oder das Versicherungsrecht. Untersuchungsgegenstand ist nur das Recht der laufenden Aufsicht. Ausgeklammert wird das Recht der Bankensanierung und -abwicklung,⁴⁴ das materiell auf europäischer Ebene von der Banking Recovery and Resolution Directive (BRRD)⁴⁵ und national vom Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (SAG) sowie institutionell vom europäischen Single Resolution Mechanism (SRM) nach der SRM-VO⁴⁶ bestimmt wird.⁴⁷

⁴¹ Zum Begriff *Grundmann*, in: Canaris/Habersack/Schäfer (Hrsg.), Großkommentar HGB, 5. Aufl. 2015, Band 10/2, Vorwort S. VIII.

⁴² Zum Zahlungsgeschäft *Grundmann*, Bankvertragsrecht – Grundlagen und Commercial Banking, 2020, 3. Teil.

⁴³ Zum Begriff *Grundmann*, in: Canaris/Habersack/Schäfer (Hrsg.), Großkommentar HGB, 5. Aufl. 2017, Band 11/1, 5. Teil, Rn. 1 ff.

⁴⁴ Bereits früh und rechtsvergleichend zum Spannungsverhältnis zwischen Bankaufsichtsrecht und Insolvenzrecht *Binder*, Bankeninsolvenzen im Spannungsfeld zwischen Bankaufsichts- und Insolvenzrecht – Regelungsziele, Anwendungsprobleme und Reformansätze, dargestellt am Beispiel des deutschen und des englischen Rechts, 2005; zum aktuellen Regime *Gortsos*, The Single Resolution Mechanism (SRM) and the Single Resolution Fund (SRF) – A Comprehensive Overview of the second main pillar of the European Banking Union, 3. Aufl. 2017; *ders.*, in: *Binder/Gortsos*, The European Banking Union – A Compendium, 2016, S. 45–68; *Psaroudakis*, in: *Hopt/Tzouganatos* (Hrsg.), Das Europäische Wirtschaftsrecht vor neuen Herausforderungen, 2014, S. 41; mit Fokus auf Griechenland *Gortsos* EBOR 2017, 479; *Binder/Singh* (Hrsg.), Bank Resolution: The European Regime, 2016; allgemeiner *Binder/Psaroudakis* (Hrsg.), Europäisches Wirtschaftsrecht in der Krise, 2018; zur deutschen Reform des Restrukturierungsrecht der Kreditinstitute unmittelbar nach der Finanzkrise *Bachmann* ZBB 2010, 459; zur Abwicklung von Bankengruppen im transatlantischen Vergleich *Renner/Kowolik* ZVglRWiss 2018, 83.

⁴⁵ Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Richtlinie 82/891/EWG des Rates, der Richtlinien 2001/24/EG, 2002/47/EG, 2004/25/EG, 2005/56/EG, 2007/36/EG, 2011/35/EU, 2012/30/EU und 2013/36/EU sowie der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates, ABl. Nr. L173 vom 12.6.2014, S. 190.

⁴⁶ Verordnung (EU) Nr. 806/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2014 zur Festlegung einheitlicher Vorschriften und eines einheitlichen Verfahrens für die Abwicklung von Kreditinstituten und bestimmten Wertpapierfirmen im Rahmen eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus und eines einheitlichen Abwicklungsfonds sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010, ABl. Nr. L225 vom 30.7.2014, S. 1; zu den Änderungen nach dem Banken-Paket von Mai 2019, das die SRM-VO II einführt, s. unten S. 60 ff.

⁴⁷ Zum Prinzip der Gläubigerbeteiligung im Rahmen des *bail-in* nach der BRRD und dessen Anerkennung durch den EuGH *Badenhoop* ERCL 2017, 299, 307 ff.

Der Begriff „Systemschutz“ bedeutet den Schutz der Funktionen, die einzelne Institute für das Finanzsystem bzw. die Finanzmärkte haben, und den Schutz der Stabilität des Finanzsystems bzw. der Finanzmärkte. Daher verwendet diese Arbeit ihn synonym mit den Begriffen Markt- und Funktionsschutz. Das System-schutzziel soll verhindern, dass einzelne Institute insolvent werden und das Finanzsystem bzw. die Finanzmärkte destabilisieren.

Mit „Individualschutz“ ist die regulatorische Zielrichtung gemeint, die Interessen einzelner Personen durch die Verleihung subjektiver Rechte zu schützen. Angesichts des europäischen Untersuchungsgegenstands findet die deutsche Theorie vom subjektiv-öffentlichen Recht⁴⁸ keine Anwendung.⁴⁹ Vielmehr muss der Begriff des Individualschutzes unionsrechtlich bestimmt werden. Das europäische Bankaufsichtsrecht benennt neben rein öffentlichen Schutzgütern wie der Finanzmarktstabilität auch individualisierbare Kundengruppen als Schutzobjekte, insbesondere die Einleger, Anleger, Sparer und Verbraucher.⁵⁰ Hieraus folgt eine auch individualschützende Tendenz, deren Reichweite und Auswirkungen jeweils einer vertieften Prüfung bedürfen.⁵¹

„Private Haftung“ ist das Einstehenmüssen natürlicher oder juristischer Personen für ihr Fehlverhalten. Wengleich dies auch nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften – etwa im Rahmen einer persönlichen Bußgeldhaftung – möglich ist, fokussiert sich diese Arbeit auf die Haftung nach privatrechtlichen Normen. Daher ist der Begriff der privaten Haftung im vorliegenden Kontext eng verknüpft mit dem Begriff der privatrechtlichen Durchsetzung.

„Privatrechtliche Durchsetzung“ ist das Erreichen von Regelungszielen mit den Mitteln des Privatrechts. Das Unionsrecht prägte den Begriff zunächst im Wettbewerbsrecht. Dessen Ziele werden zunehmend mit Mitteln des Privatrechts durchgesetzt (*private enforcement*),⁵² etwa durch Schadensersatzklagen von Mitbewerbern und Endabnehmern.⁵³ Daneben spielt das Privatrecht bei der Durchsetzung von Regelungsinhalten unionsrechtlicher Kapitalmarktregulierung eine erhebliche Rolle.⁵⁴ Geeignete Mittel des Zivilrechts zur Durchsetzung von Regulierung sind insbesondere die Vertragsauslegung, die Ver-

⁴⁸ Jellinek, System der subjektiven öffentlichen Rechte, 2. Aufl. 1905; zur Geschichte Bauer, Geschichtliche Grundlagen der Lehre vom subjektiven öffentlichen Recht, 1986.

⁴⁹ Für eine Revision der deutschen Theorie des subjektiv-öffentlichen Rechts aufgrund europäischer Impulse Masing, Die Mobilisierung des Bürgers für die Durchsetzung des Rechts – Europäische Impulse für eine Revision der Lehre vom subjektiv-öffentlichen Recht, 1997.

⁵⁰ S. unten S. 48 ff., 255 ff.

⁵¹ S. unten S. 243 ff., 255 ff., 272 ff.

⁵² Der Begriff *private enforcement* ist insofern irreführend, als die englischsprachige Literatur ihn vielfach für die Durchsetzung unionsrechtlicher Regelungsgehalte gegenüber dem Staat verwendet, vgl. Wilman, Private Enforcement of EU Law Before National Courts, 2015, S. 3–14, passim.

⁵³ S. unten S. 79 ff.

⁵⁴ S. unten S. 99 ff.

tragsnichtigkeit und Schadensersatzklagen.⁵⁵ Da das Zivilrecht dem Ausgleich privater Interessen dient, eignet es sich besonders zur wirksamen Erreichung des Individualschutzziels.⁵⁶

C. Methode

Diese Arbeit systematisiert die Ziele des System- und Individualschutzes in der europäischen Bankenregulierung und untersucht ihre Durchsetzung mit privatrechtlichen Mitteln im deutschen Recht. Indem sie das Verhältnis von Bankaufsichtsrecht und Bankprivatrecht im Sinne eines von teleologischen Erwägungen getragenen Systems betrachtet, ist die Arbeit rechtsdogmatisch.⁵⁷ Bei der Systematisierung nimmt die rechtshistorische Entstehung des Individualschutzziels im europäischen Recht eine besondere Stellung ein.⁵⁸ Zugleich liegt ein Schwerpunkt auf der systematischen und teleologischen Vergleichbarkeit des Bankaufsichtsrechts mit dem Wettbewerbsrecht und der Kapitalmarktregulierung.⁵⁹ Auch die Herausarbeitung der privatrechtlichen Mechanismen zur Durchsetzung des bankaufsichtsrechtlichen Systemsschutzziels⁶⁰ und des Individualschutzziels⁶¹ dient der rechtsdogmatischen Systematisierung. Gleiches gilt für den Vorschlag einer weitergehenden europarechtskonformen Auslegung des Vertrags- und Deliktsrechts.⁶² Wenngleich sich die Methode mithin auf die Rechtsdogmatik beschränkt, bettet sich die Arbeit in einen breiteren theoretischen Diskurs ein. Dessen Spektrum umfasst Financial Regulation Theory, Rechtsökonomik, Legal Theory of Finance, Finanzkrise und Privatrecht, Contract Governance, Regulierung und Privatrecht sowie Bankenunion und Privatrecht.⁶³

⁵⁵ Ausführlich s. unten S. 80 ff., 103 ff., 124 ff., 128 ff., 226 ff.

⁵⁶ S. unten S. 243 ff.

⁵⁷ Zum Begriff des Systems und seiner Bildung anhand teleologischen Gehalts *Canaris*, Systemdenken und Systembegriff in der Jurisprudenz – entwickelt am Beispiel des deutschen Privatrechts, 2. Aufl. 1983, S. 86 ff.; in Abgrenzung zur Grundlagenforschung *Würtenberger*, in: Stürmer (Hrsg.), Die Bedeutung der Rechtsdogmatik für die Rechtsentwicklung, 2010, S. 3, 5 ff.; zum Begriff der Rechtsdogmatik *Luhmann*, Recht der Gesellschaft, 1995, S. 275 f.

⁵⁸ S. unten S. 37 ff.

⁵⁹ S. unten S. 78 ff., 99 ff.

⁶⁰ S. unten S. 143 ff.

⁶¹ S. unten S. 186 ff.

⁶² S. unten S. 243 ff.

⁶³ S. unten S. 13 ff.

D. Gang der Untersuchung

Die Arbeit ist in zwei Teile und fünf Kapitel gegliedert. Der erste Teil legt den Grund zu den Regulierungszielen des europäischen Bankaufsichtsrechts zwischen System- und Individualschutz sowie Modellen privatrechtlicher Durchsetzung. Während der überwiegende Teil der deutschen Rechtswissenschaft das Bankaufsichtsrecht auf den Systemschutz begrenzt, entwickelt das erste Kapitel das Individualschutzziel unter Bezugnahme auf seine Entstehungsgeschichte und sekundärrechtliche Ausprägung als eigenständiges Ziel des europäischen Bankaufsichtsrechts. Das zweite Kapitel beschreibt die unionsrechtlichen Modelle für privatrechtliche Durchsetzung von Wirtschaftsregulierung anhand des Wettbewerbsrechts und der Kapitalmarktregulierung und stellt jeweils die Frage der Übertragbarkeit auf das Bankaufsichtsrecht. Im zweiten Teil geht die Untersuchung vertieft auf die privatrechtliche Durchsetzung der wesentlichen Ziele des Bankaufsichtsrechts ein. So widmet sich das dritte Kapitel der Durchsetzung des Systemschutzes im Privatrecht. Es nimmt die Risikomanagement-Vorgaben als Beispiel des bankaufsichtsrechtlichen Systemschutzes unter die Lupe und konzentriert sich auf deren Auswirkungen auf das Gesellschafts- und Deliktsrecht. Demgegenüber behandelt das vierte Kapitel das bankaufsichtsrechtliche Individualschutzziel und zeigt das breite Spektrum der Durchsetzung nach deutschem Recht und den starken Einfluss des Unionsrechts auf. Hierzu zählen der Einlegerschutz durch die Einlagensicherung und die früher von der Rechtsprechung bejahten, mittlerweile indes verneinten Amtshaftungsansprüche der Einleger, der Schutz von Verbraucherdarlehensnehmern durch die Verbraucherkreditwürdigkeitsprüfung und der Schutz von Bankkunden allgemein durch die punktuelle privatrechtliche Durchsetzung vereinzelter Normen des Bankaufsichtsrechts im Rahmen von § 823 Abs. 2 BGB und § 134 BGB. Das fünfte und letzte Kapitel argumentiert für eine weitergehende privatrechtliche Durchsetzung von bankaufsichtsrechtlichen Pflichten *de lege lata* aufgrund unionsrechtskonformer Auslegung des deutschen Vertrags- und Deliktsrechts.

Sachregister

- Ad-hoc-Publizitätspflicht 3, 99, 103,
110–118, 250, 280, 285, 286, 295
- Agencification 66
- Amtshaftung
- für Aufsichtsfehler 141, 186, **192–203**, 230, 290, 291, 293
- Anlageberatung 11, 19, **118–136**, 251, 273, 286, 287
- Anlegerschutz 2, 4, 14, 15, 19, 20, 33, 34, 55, 58–60, 70, **74–77**, **100–105**, 111, 117, 122, 123, **128–138**, 225, 228, **248–251**, 256, 258, 260, 264, 266, 267, 273, 278, **283–286**, 293
- Aufsicht
- qualitative ~ 147
 - prinzipiengeleitete ~ 147, 155, 165
- Auslegung
- Vertrags~ 7, 132, 272, 273, 286, 294
 - richtlinienkonforme ~ 92, 126, 129, 275
 - unionsrechtskonforme ~ 3, 9, 11, 141, 186, **243–281**, 292–295
- Außenhaftung, *siehe* Haftung gegenüber den Bankgläubigern
- Ausstrahlungswirkung
- des Aufsichtsrechts auf das allgemeine Aktienrecht 183–185, 290
 - des Bankaufsichtsrechts auf das Gesellschaftsrecht 143–183
 - der WpHG-Wohlverhaltensregeln auf das Vertragsrecht 119, 131–133, 287
- bail-in 6, 36
- bail-out 35
- Bankaufsichtsrecht
- europäisches ~, Begriffsdefinition 4–5
 - deutsches ~ 25–48
 - Entwicklung der Inhalte und Ziele 37–77
- Bankenunion und Privatrecht 23–25
- Bankfreiheit 37–39
- Bankrechtskoordinierungsrichtlinie
- Erste ~ 51–54, 64, 74, 256, 284
 - Zweite ~ 54–55, 64
- Bankprivatrecht
- Begriffsdefinition 27
 - Berücksichtigung von Aufsichtsrecht 28–30, 33, 37, 52, 143, **192–242**, **243–281**, 283
- Basel I 55–57
- Basel II 57–59
- Basel III 59–60
- BGH-Urteil
- Baustoff-Urteil 178–179, 289
 - *BVH* 199–201, 291
 - *Herstatt* 189, 194–198, 290
 - Kick-back-Urteil 124, 126–128, 131, 132, 272, 273, 286, 294
 - *Lehman Brothers* 126, 127, 130, 132
 - *Wetterstein* 48, 194–197, 202, 290
- Bindungswirkung, faktische 161–163, 172, 173, 288
- Boni
- Aufsicht über Vergabe und Einbehaltung von ~ 42
- Comitology 65
- comply or explain-Mechanismus 68, 160–162, 288
- Contract Governance 8, 14, 19–21, 29, 284
- Deliktshaftung
- Außenhaftung 177, 178–181, 226–238, 276–281, 289, 295
 - Innenhaftung 176, 178

- EBA 5, 24, 29, 30, **66–70**, 76, 77, 256, 258–260, **262–264**, **266–268**, 276, 277, 279, 284, 288, 293
- EBA-Leitlinien
- Bindungswirkung 160–163, 165, 166, 169, 173, 174, 288, 289
 - für interne Governance 148, 158–160, 288
 - Vergütungs~ 145
 - ~ zur Kreditwürdigkeitsprüfung 215
- Eigenkapitalanforderungen 55–58, 62, 63, 98, 257, 259, 266, 269, 270, 273, 278, 287, 294, 295
- Einlagensicherung
- freiwillige ~ 189–191, 290
 - gesetzliche ~ 187–188, 197–202, 245, 258, 278, 279, 290
 - EDIS-Vorschlag der Kommission 191–192
- Einlegerschutz 2, 9, 30, 48, 51, 52, 55–57, 59, 60, 70, **73–77**, 137, 138, 180, **186–203**, 226, 238, **256–259**, **264–281**, 291
- Erlaubnispflicht von Banken
- Entwicklung der ~ in Deutschland 37–48
 - zivilrechtliche Haftung bei Verstößen 27, 28, 194–198, **227–230**, 235, 238, 240, 269, 274, 278, 283, 292
- EuGH-Urteil
- *Bankinter* 24, **124–126**, 131–134, **244–247**, 286
 - *CA Consumer Finance* 212–214, 291
 - *Kantarev* 199, 201, 202, 245
 - *Le Crédit Lyonnais* 212, 213, 216, 237, 261, 263, 291
 - *Parodi* 48–52, 54, 55, 284
 - *Peter Paul* 24, 199–202, 244, 245, 256, 291, 292
 - *Romanelli* 52, 53, 55, 259, 284
- Europäische Bankenunion 2, 4, 8, 14, 23–25, 29, 30, 35, 36, 52, **70–74**, 191, 192, 284, 290
- EZB, *siehe* SSM
- Financial Regulation Theory 8, **14–15**, 29, 284
- Finanzkrise und Privatrecht 8, **17–19**, 29, 284
- Funktionsschutz, *siehe* Systemschutz
- Geschäftsleiter
- Begriff 41, 164–165
 - Haftung, *siehe* Haftung der Geschäftsleiter
- Grundfreiheiten 48–52
- Hafen, sicherer 162, 163, 170–172, 288, 289
- Haftung der Geschäftsleiter
- gegenüber der Bankgesellschaft 163–174, 176, 178
 - gegenüber den Bankgläubigern 177, 178–181, 226–238, 276–281, 289, 295
- Individualschutzziel
- Bestimmung des Schutzbereichs 266–272
 - Entwicklung im europäischen Bankaufsichtsrecht 48–77
 - Reichweite 74–77, 255–272
 - Vorfragen privatrechtlicher Durchsetzung 244–255
 - zivilrechtliche Transformation 272–281, 294, 295
- Innenhaftung, *siehe* Haftung gegenüber der Bankgesellschaft
- Insiderinformation, *siehe* Ad-hoc-Publizitätspflicht
- Kapitalmarktregulierung 99–139, 280
- Kartellschadensersatzanspruch 82, 83, 86–97, 280, 281
- Kreditvergabe, verantwortungsvolle 30, 206–209, 215, 216, 291
- Kreditwesengesetz
- von 1961 45–48, 232, 234
 - aktuelles ~ 30–36, 144–183, 192–281
- Kreditwürdigkeitsprüfung
- bei Großkrediten 234, 235, 240, 275, 292
 - Verbraucher~, *siehe* Verbraucher-kreditwürdigkeitsprüfung
 - Sanktionen 220–225, 231–234, 236–238, 241

- Kündigungsrecht, außerordentliches 222–223, 291
- Legal Theory of Finance 8, 14, 16–17, 29, 284
- Legalitätspflicht
- aufsichtsrechtlicher Maßstab 165–166
 - gesellschaftsrechtlicher Maßstab 165–166
 - Verstoß gegen § 25a KWG als ~ 164–174
 - Verstoß gegen EBA-Leitlinien als ~ 169, 173, 174, 279
 - Verstoß gegen MaRisk als ~ 169–173, 279
- Liquiditätsanforderungen 41, 42, 45, 46, 59, 62–64, 98, 228, 257, 267, 269, 270, 273, 278, 287, 294, 295
- MaRisk
- Inhalt 148–152
 - Bindungswirkung 153–158, 169–173, 279
- Marktschutz, *siehe* Systemschutz
- Millionenkredite 46, 230, 231, 241, 292
- Nichtigkeit, *siehe* Verbotsgesetz
- Optimierungsgebot 162, 163, 173, 279, 288, 289
- Optimierungstheorie 168–172, 289
- Privatrechtliche Durchsetzung
- Begriff 7, 8
 - von Bankaufsichtsrecht 141–281, 288–295
 - von Kapitalmarktregulierung 99–139
 - von Wettbewerbsrechts 79–99
- Prospekthaftung
- bürgerlich-rechtliche ~ 104, 105, 107, 108, 286
 - gesetzliche ~ 3, 79, 99, 103–110, 113, 280, 285, 286
- Prudentielles Aufsichtsrecht 26, 27
- Rechtsermittlung, Pflicht zur 166–174, 280, 289
- Rechtsökonomik 8, **15–16**, 22, 29, 284
- Regulierung und Privatrecht 4, 8, 13, **21–23**, 25, 29, **249, 250, 252, 253**, 269, 277, 284
- Reichskreditwesengesetz
- von 1934 **39–45**, 47, 57, 193, 194, 203, 235
 - von 1939 **42–45**, 47, 193, 194, 203, 231, 232, 235
- Risikomanagement
- aufsichtsrechtliche Pflicht zum ~ 144–163, 288
 - privatrechtliche Sanktionen 137–139, **163–183**, 243, 249, 250, 269, **273–275, 278**, 283, 288, 289, 294, 295
- Schadensersatz
- wegen Verstoß gegen EBA-Leitlinien 169, 173–174, 279
 - wegen Verstoß gegen GWB-Normen 82, 83, **91–93**, 284
 - wegen Verstoß gegen KWG-Normen 28, **163–183**, 176, 177, 180, 181, 195, 202, 203, 211, 212, **226–238**, 239, **276–281**, 283, 284, 286, 287, 291, 292, 294, 295
 - wegen Verstoß gegen MaRisk 169–173, 279
 - wegen Verstoß gegen MAR-Normen 100, 110–118, 286
 - wegen Verstoß gegen WpHG-Normen 28, **110–118**, 119, 129, **133–136**, 139, 287
 - wegen Verstoß gegen WpPG-Normen 103–110, 280, 286, 295
- Schutzgesetz
- CRR-Normen als ~ 277
 - GWB-Normen als ~ 82, 83, 284
 - KWG-Normen als ~ 28, 176, 177, 180, 181, 195, 202, 203, 211, 212, **226–238**, 239, **276–281**, 283, 284, 286, 287, 291, 292, 294, 295
 - MAR-Normen als ~ 100, 116–118, 286
 - Technische Standards als ~ 277, 279
 - WpHG-Normen als ~ 28, 116–118, 119, 129, **133–136**, 139, 287
- SSM 5, 15, 29, 30, 33, **70–74**, 76, 157, 158, 256, 262, 265–268, 284, 293

- Staatshaftung für Aufsichtsfehler
- *siehe* Amtshaftung für Aufsichtsfehler
- Steuerzahler
- Schutz der ~ 2, 35, 36, 283
- Stufentheorie 168, 170, 289
- Systemschutz 2–4, 7–9, 11, 13, 30, 33, 43–44, 59, 60, 76, 77, 94, 95, 98, 103, 117, 122–124, 138, 141, 143–185, 243, 278, 283, 284, 286, 288, 289, 295
- Verbotsgesetz
- GWB-Normen als ~ 80, 81, 85, 88
 - KWG-Normen als ~ 236, 238–242, 274, 275, 292, 294
- Verbraucherdarlehensvertrag
- Allgemein~ 217, 218, 291
 - Immobilialar~ 215, 217–220, 261, 291
- Verbraucherkreditrichtlinie 5, 18, **204–218**, 236, 261, 268, 279, 284, 291, 293
- Verbraucherkreditwürdigkeitsprüfung 9, 27–29, 98, 138, 141, **203–226**, 236–238, 261, 263, 283, 291
- Verbraucherschutz
- individueller ~ 70, 74–77, 141, **203–226**, **260–264**, 267, 268, 276, 283, 284
 - kollektiver ~ 16, 33–35, 70, 220, 221, 263, 283
- Vergleichbarkeit
- der Verbraucherkreditwürdigkeitsprüfung und anderen Bankaufsichtsrechtsnormen 225–226
 - von Kapitalmarktregulierung und Bankaufsichtsrecht 8, 136–139, 280, 287, 295
 - von Wettbewerbsrecht und Bankaufsichtsrecht 8, 80, 97–99, 280, 285, 295
- Vertragsauslegung, *siehe* Auslegung
- Vertragsnichtigkeit, *siehe* Verbotsgesetz
- Vertretbarkeitstheorie 166–170, 289
- Verwaltungsvorschrift
- norminterpretierende ~ 153–158, 170, 173, 279, 288
 - normkonkretisierende ~ 46, 153–158, 288
- Wettbewerbsrecht
- deutsches ~ 79–83, 96–99, 141, 207, 243, 252, 284, 285
 - europäisches ~ 1, 2, 7–9, 11, 13, 79, **83–99**, 141, 243, 252, 253, 284, 285
- Wohlverhaltenspflichten 3, 4, 26–30, 98, 99, **118–139**, 159, 214, 248, 251, 273, 283, 286, 287, 291, 293
- Wohlverhaltensregeln, *siehe* Wohlverhaltenspflichten
- Wohnimmobilienkreditrichtlinie 5, 205, 214–224, 236, 237, 241, 261, 263, 268, 279, 284, 291, 293
- Zinsermäßigung 222, 291